



KANTON
NIDWALDEN

STAATSKANZLEI

MEDIENINFORMATION

SPERRFRIST: Keine

Pilatus-Flugzeugwerke: Nidwaldner Regierung traf Bundesrätin Doris Leuthard zu einer Aussprache

Die Vorsteherin des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD), Bundesrätin Doris Leuthard, hat am Donnerstag, 24. April 2008, eine Delegation des Kantons Nidwalden unter der Leitung von Landammann Hugo Kayser empfangen. In der rund einstündigen Unterredung konnte die Delegation der Bundesrätin darlegen, weshalb sich der Kanton Nidwalden gegen die geplante Verschärfung der Bewilligungskriterien für den Export von Trainingsflugzeugen im Güterkontrollgesetz stelle.

Es sei unverständlich, warum der Bundesrat eine solch einseitige Regelung plane, welche für die Pilatus-Werke, die im harten internationalen Wettbewerb stünden, sehr schädlich sei. Die geltende Regelung im Güterkontrollgesetz genüge nach Ansicht der Nidwaldner Regierung und seiner beiden eidgenössischen Parlamentarier. Sie gewährleiste bereits heute eine permanente und strenge Kontrolle. Die geplante Neureglung schaffe nur rechtliche Unsicherheit. Kunden könnten sich nicht mehr darauf verlassen, ob die Pilatus-Werke tatsächlich liefern könnten. Entsprechend befürchte die Nidwaldner Regierung gravierende Auswirkungen auf die Pilatus-Werke als grösster Arbeitgeber in Nidwalden.

Nachdem der Untersuchungsbericht des SECO nun vorliegt, der bestätigt, dass die Pilatus-Werke den Auftrag korrekt abgewickelt haben, Tschaed jedoch die Vertragsbestimmungen offensichtlich verletzt hat, sind die Voraussetzungen gegeben, Gesuche um Vorprüfung von Ausfuhrbewilligungen von Trainingsflugzeugen gemäss der bisherigen Praxis und gestützt auf das geltende Güterkontrollgesetz wieder an die Hand zu nehmen.

Gemäss Aussagen von Bundesrätin Doris Leuthard soll die heute geltende Bewilligungspraxis einer gesetzlichen Anpassung des Güterkontrollgesetzes zugeführt werden, um künftige Risiken einer missbräuchlichen Verwendung der Trainingsflugzeuge durch die Vertragsnehmer zu minimieren.

Die Nidwaldner Delegation ist auch nach diesem Gespräch der Meinung, die heutige Regelung sei für eine wirksame Kontrolle ausreichend. Eine Änderung des Güterkontrollgesetzes sei nicht notwendig. Sollte trotzdem eine Änderung in Erwägung gezogen werden, wird die Regierung die geplante Neuregelung sehr kritisch prüfen und wieder intervenieren, um für die Pilatus-Werke faire gesetzliche Rahmenbedingungen und damit die Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft zu garantieren. Dies auch im Wissen, dass sich ein solcher Fall missbräuchlicher Verwendung wie in Tschad nicht ganz ausschliessen lässt.

RÜCKFRAGEN

Landammann Hugo Kayser, Landwirtschafts- und Umweltdirektor, Telefon 079/7936327

Stans, 25. April 2008

Der Nidwaldner Delegation gehörten an:

Landammann Hugo Kayser, Volkswirtschaftsdirektor Gerhard Odermatt, Ständerat Paul Niederberger, Nationalrat Edi Engelberger und Landschreiber Josef Baumgartner.